

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: angela.merkel@bundestag.de

CC: InternetPost@bundesregierung.de, presse@bmfsfj.bund.de

Betreff: "Demokratie/Extremismuserklärung?"

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrte Frau Familienministerin Schröder,

Die "Extremismuserklärung", die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich FÜR praktizierte Demokratie und Menschenrechte, GEGEN Diskriminierungspraktiken jeglicher Form engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, etc. sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vermitteln und verteidigen, Demokratie schädigend und kontraproduktiv.

Wir fordern Sie daher auf, die von Ihnen verlangte und als verfassungsrechtlich bedenklich einzuordnende „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen!

Wir fordern Sie weiterhin auf, ihre Funktion als gewählte Vertreterinnen der Bürgerinnen und Bürger der BRD zu überdenken, selbst demokratisches Handeln zu praktizieren und in ihre Funktion dafür zu sorgen, dass demokratische Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine kontinuierliche Bildungsarbeit zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten ermöglichen!

Mit freundlichen Grüßen,

M. Stamer, Institut für Migrations- und Rassismusforschung